

Die Einstellung der Bevölkerung zur staatlichen Regulierung: Nutzen der Regulierung werden höher bewertet als Kosten

Eine Studie im Auftrag der Stiftung Strategiedialog21

Nathaly Bachmann

Geschäftsleiterin StrategieDialog21 & Unternehmerin

Nathaly Bachmann (35) ist Gründerin der Kommunikationsagentur Essence Relations, essence-relations.ch, und Geschäftsleiterin der Stiftung StrategieDialog21, strategiedialog21.ch. Nach ihrem Studium der Wirtschaftspsychologie in Zürich und Madrid arbeitete sie im Swissnex in Singapur. Danach war sie in verschiedenen Führungsfunktionen bei der Credit Suisse im Private Banking tätig. Zudem engagiert sie sich als Mentorin für Wirtschaftsstudentinnen der HTW Chur, doziert an diversen Fachhochschulen wie dem SAWI und unterstützt Freiwilligenprojekte (zum Beispiel als Coach für Unternehmerinnen in Tansania).

Es braucht Unternehmer, die sich wieder aktiv in die Politik einbringen und die Schweiz durch mutige Ideen und Initiativen mitgestalten. Menschen, die eine Meinung haben, Position beziehen und für individuelle sowie gesellschaftliche Freiheit einstehen. Es braucht diese glaubwürdigen Stimmen, wenn wir unseren Wohlstand erhalten wollen und Schweizer Innovationen auch in Zukunft weltweit Wirkung zeigen sollen. Genau das belegt die aktuelle Studie der Stiftung StrategieDialog21 (SD21). Denn die von der Universität Zürich durchgeführte Umfrage zeigt, dass die Schweizer Bevölkerung die Nutzen der Regulierung höher bewertet als deren Kosten. Dies aber vor allem deshalb, weil die durch Regulierung verursachten Kosten nicht bekannt sind.

Direkte Impulse der Wirtschaft – StrategieDialog21 als mögliches Forum

Die Verständigung der Schweiz erfolgt heute immer weniger über etablierte Parteien, Verbände und Medien. Genau in diese Lücke springt der StrategieDialog21 (SD21). Der SD21 versteht sich als Dialog-Plattform mit dem Fokus auf eidgenössisch-freiheitliche Werte und daraus abgeleitete strategische Ansätze und Impulse für die Schweiz.

Der SD21 wurde im Jahr 2013 vom Berner Unternehmer Jobst Wagner initiiert und setzt sich parteiübergreifend für eine sachliche Auseinandersetzung mit der Zukunft der Schweiz ein. Dabei engagiert er sich insbesondere für unternehmerische Freiheit, liberale Werte und eine offene Volkswirtschaft. Der SD21 hat sich zum Ziel gesetzt, die öffentliche Debatte zu stimulieren und Lösungsideen für anstehende Herausforderungen zu diskutie-

ren sowie abzuleiten. Staatliche Regulierungen sind dabei ein Schwerpunkt, mit dem sich die Stiftung regelmässig auseinandersetzt. Zur Beantwortung der Frage, welche Meinung die Bevölkerung zu diesem Thema hat, wurde das Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich beauftragt, eine auf eine repräsentative Befragung gestützte Studie zu erarbeiten.

Regulierung und eine neuartige Studie

Der Begriff «Regulierung» ist weitläufig. Üblicherweise bezeichnet Regulierung ein Bündel an verbindlichen Vorschriften, die von einer staatlichen Behörde zu einem bestimmten Zweck erlassen wurden. Aus einem breiteren Blickwinkel betrachtet, meint Regulierung jegliche zielgerichtete staatliche Einflussnahme auf wirtschaftliches und soziales Verhalten. Die vom SD21 in Auftrag gegebene Studie beschränkt sich auf staatliche Regulierungen, die spezifisch die Wirtschaft betreffen. Mit Regulierungen sind hier Eingriffe staatlicher Behörden in Form von Geboten und Verboten gemeint. Die dieser Studie zugrunde liegende zentrale Fragestellung lautet: Welche Einstellung hat die Schweizer Bevölkerung zur staatlicher Regulierung? Bisher analysierten zahlreiche Studien die Ursachen und Folgen von Regulierungen, berechneten Regulierungskosten und erarbeiteten Handlungsanweisungen für mehr oder weniger staatliche Regulierung – systematische Befunde dazu fehlen jedoch weitgehend.

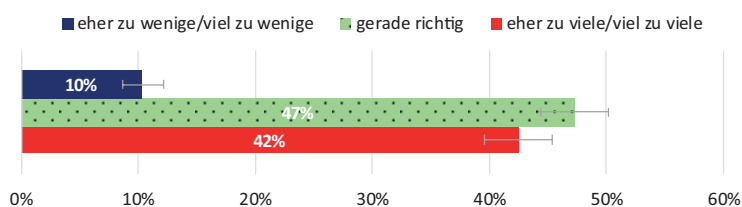
Für die Studie wurden 1213 zufällig ausgewählte stimmberechtigte Personen in der deutsch- und französischsprachigen Schweiz befragt. Es wurde ein auf den aktuellen methodischen Erkenntnissen zum Fragebogendesign basie-

render standardisierter Fragebogen erstellt und vorab ausführlich getestet. Die Feldarbeit erfolgte durch das Befragungsinstitut gfs.bern, welches die Interviews im Zeitraum März und April 2016 telefonisch durchführte. Die erhobenen Daten wurden vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich ausgewertet. Studie und Bericht wurden namentlich unter der Leitung von Prof. Dr. Thomas Widmer und Dr. Dominique Höglinger erarbeitet.

Intelligente Regulierung ist erwünscht und Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bilden keine homogene Gruppe in der Beurteilung der Effektivität von Regulierung

Erstmals in dieser Form zeigt die Umfrage, dass sich die Schweizer Bevölkerung nicht einfach mehr Regulierung der Wirtschaft wünscht, sondern eine zielgerichtete und intelligenter ausgestaltete. Eine deutliche Mehrheit spricht sich für einen Bürokratie-Abbau für die Wirtschaft aus und zieht eine grössere Selbstverantwortung der Unternehmen staatlichen Vorschriften vor. Der derzeitige Stand der Regulierung wird von einer knappen Mehrheit der Befragten als «gerade richtig» bewertet, während 42 Prozent das Mass als zu hoch erachten. Nur eine sehr kleine Minderheit fordert dagegen pauschal mehr Regulierung (siehe Grafik 1). Auffallend ist, dass vor allem ältere Menschen, besserverdienende Personen oder Führungskräfte der Regulierung kritisch gegenüberstehen, während die Altersgruppe der 18- bis 39-jährigen Personen mit tiefen Einkommen, Angestellte sowie Anhänger linker Parteien mit der Regulierungsdichte zufrieden sind oder in Einzelbereichen sogar mehr Regulierung wünschen.

Abbildung: 1 Einschätzung des Ausmasses der Regulierung in der Schweiz für die Wirtschaft



Frage: «Schauen wir die aktuelle Situation in der Schweiz an. Wie schätzen Sie das Ausmass an staatlichen Regeln und Vorschriften für die Wirtschaft ein?»

Die ausgewiesenen 95%-Vertrauensintervalle entsprechen dem Bereich mit den plausiblen Werten für die Grundgesamtheit. N = 1'138.

Quelle: Höglinger, Dominic/Widmer, Thomas (2016): Die Einstellungen der Bevölkerung zu staatlicher Regulierung. Studie im Auftrag der Stiftung StrategieDialog21. Zürcher Politik- & Evaluationsstudien, Nr. 17, S. 13.

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bilden somit keine homogene Gruppe, sondern unterscheiden sich in ihrer Beurteilung. Jüngere Personen, Frauen, tiefere Einkommenschichten und Personen aus der Romandie sind generell positiver gegenüber staatlicher Regulierung eingestellt. Mehrheitlich skeptisch sind dagegen Führungskräfte sowie Sympathisanten von SVP und FDP (*siehe Grafik 2*). Auch die genauere Ausgestaltung von Regulierungen war Gegenstand der Befragung. Die meisten Befragten nannten das Verbot als erstes Regulierungs-

instrument. Ein Grund für die hohe Attraktivität dieses doch eher rigiden Mittels ist möglicherweise das geringere Vertrauen der Bevölkerung in die Wirksamkeit von sanfteren Regulierungs-Massnahmen. Am zweithäufigsten als Erstpräferenz genannt wurden die Massnahmen zur besseren Information der Konsumentinnen und Konsumenten. Zudem waren diese Informations-Massnahmen mit der tiefsten Anzahl an Letztpräferenzen das am wenigsten unbeliebte Regulierungsinstrument. Die Informations-Massnahmen polarisierten,

anders als das Verbot, die befragten Stimmbürgerinnen und Stimmbürger weniger stark. Somit dürfte diese Massnahme auch politisch auf weniger Widerstand stossen, sprich mehrheitsfähiger sein.

Kosten der Regulierung sind nicht bekannt – ehrliche Stimmen der Wirtschaft sind gefragt

Die Studie lässt weiter den Schluss zu, dass sich die Bevölkerung über allfällige negative Auswirkungen von Regulierung auf Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit und damit individuellen Wohlstand nicht wirklich bewusst ist. Generell wird der Nutzen als deutlich höher eingeschätzt als die Kosten. Hier besteht aus Sicht des SD21 weiterer Informations- und Aufklärungsbedarf – auch von Seiten der Wirtschaft (*siehe Grafik 3*). Bei der Einschätzung, wer Regulierungsthemen kompetent beurteilen kann, geniessen Unternehmen mit 86 Prozent die höchste Glaubwürdigkeit, gefolgt von der Verwaltung mit 70 Prozent. Mit nur 44 Prozent deutlich tiefer liegt dagegen der Wert für die politischen Parteien. Hier gelingt es einzig der FDP, in breiter Weise auch Sympathisanten anderer Parteien von ihrer Regulierungskompetenz zu überzeugen.

Glaubwürdigen Unternehmern Plattform geben und Schweizer Innovation fördern

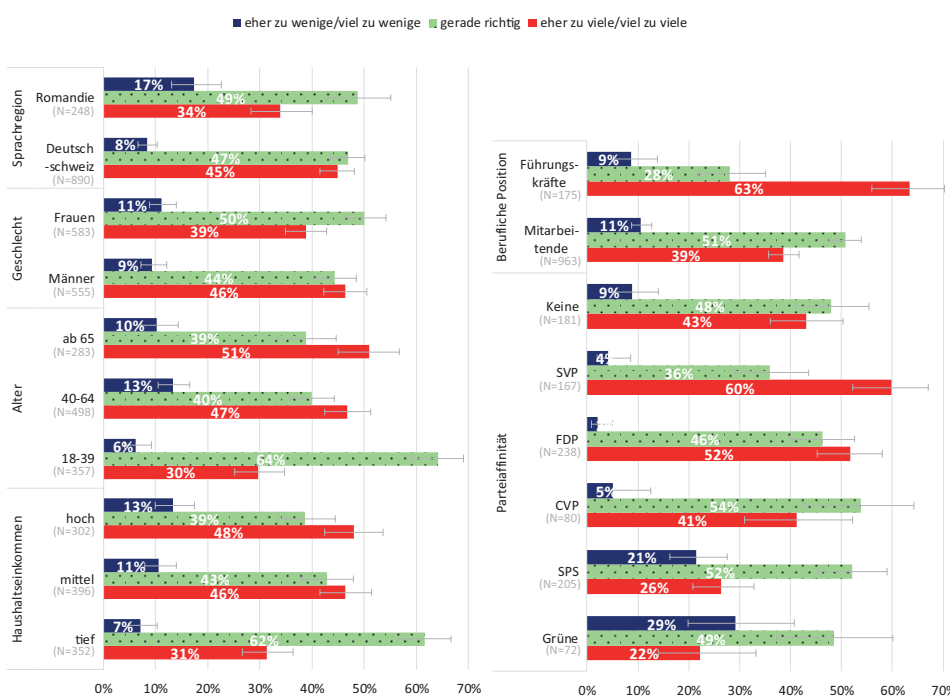
Wollen wir Unternehmerinnen und Unternehmer jedoch wieder mehr Freiheit erfahren und Innovationen kreativ vorantreiben können, dann sind genau wir gefragt, hinzustehen. Und es liegt an uns, die Kosten sowie Einschränkungen der Regulierung aufzuzeigen. Denn wir geniessen in der Regulierungsfrage ein hohes Vertrauen der Bevölkerung.

In Anlehnung an diese Studie gestaltet der SD21 deshalb am 21. September 2016 in Bern einen Event über die Bedeutung und die Notwendigkeiten unternehmerischen Denkens und Handelns für die Schweiz und wie viele staatliche Vorgaben in einer Wohlstandsgesellschaft nötig sind bzw. gefordert werden.

An der Podiums-Diskussion teilnehmen werden namhafte Persönlichkeiten: Nick Hayek (CEO Swatch Group), Urs Häusler (Präsident Swiss Start Up Association & CEO DealMarket), Vania Alleva (Präsidentin Unia) und Boris Zürcher (Leiter Direktion für Arbeit SECO). Eine spannende Diskussion zwischen Familienunternehmer, Jungunternehmer, Gewerkschaft und Verwaltung ist hier zu erwarten.

Nathaly Bachmann

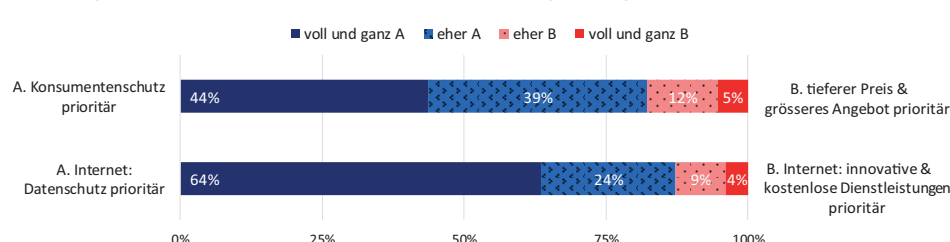
Abbildung 2.3 Ausmass Regulierung nach soziodemographischen Merkmalen und Parteiaffinität



Es werden nur Parteien mit mindestens 50 Nennungen ausgewiesen. Die ausgewiesenen 95%-Vertrauensintervalle entsprechen dem Bereich mit den plausiblen Werten für die Grundgesamtheit.

Grafik 2

Abbildung 2.9 Trade-off zwischen Nutzen und Kosten von Regulierung



Frage 1: «Sollte bei der Festlegung staatlicher Regeln und Vorschriften der Schutz der Konsumenten an erster Stelle stehen? Oder sind der tiefere Preis und das grössere Angebot wichtiger?» (N = 1'158)
 Frage 2: «Im Internet, sollte da der Schutz der persönlichen Daten an erster Stelle stehen? Oder ist das möglichst grosse Angebot an innovativen und kostenlosen Dienstleistungen wichtiger?» (N = 1'146)
 Der maximale statistische Unschärfbereich der ausgewiesenen Werte beträgt +/- 2.9 Prozentpunkte (95%-Vertrauensintervall).

Grafik 3